



Sessionsbericht

Nr. 6 / Sommer 2019

Ihr EVP Team im Nationalrat

Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57
Nik Gugger ZH nik.gugger@parl.ch 079 385 35 35

Liebe Leserin, lieber Leser

Die intensive und sehr herausfordernde Sommersession ist zu Ende und wir sind dankbar, dass die Sommerferien vor der Türe stehen. Für Ihre Sommerferienlektüre haben wir einen spannenden Bericht erstellt. Wie immer haben wir einen Auszug aus den vielen Themen gemacht und diese in unserem Sessionsbericht für sie zusammengefasst. Im Zentrum der zweitletzten Session der 50. Legislaturperiode standen vor allem internationale und umweltpolitische Geschäfte wie die Trinkwasserinitiative, Verbot von illegalem Holz, sowie die Konzernverantwortungsinitiative zur Debatte.

Bessere Entschädigungen für Bauern

Als erstes Geschäft in der Sommersession 2019 – nach den Vereidigungen von neuen Ratsmitgliedern – stand das Bundesgesetz über die Enteignung auf der Traktandenliste. Das Gesetz soll das Enteignungsrecht von 1930 modernisieren. Als Enteignung bezeichnet man juristisch den Entzug von Eigentum durch den Staat gegen eine Entschädigung. Es muss aber ein übergeordneter, dem Allgemeinwohl dienender Zweck zugrunde liegen.

Im Geschäft ging es unter anderem darum, dass Entschädigungen für Kulturland künftig das Sechsfache des massgeblichen Höchstpreises betragen soll. Was heisst das nun konkret? Grundsätzlich ging es für uns darum, dass die Bauern besser entschädigt werden, wenn sie beispielsweise wegen dem Bau einer Nationalstrasse dem Staat ihr Land verkaufen müssen. Karl Vogler (CSP/OW) argumentierte im Namen der Kommission, dass damit ein zu sorgloser Umgang mit Kulturland verhindert werde. Diskussionen im Rat drehten sich unter anderem um die Höhe des Ansatzes – während die einen eine grössere Entschädigung wollten, plädierten andere für den Status Quo.

Der Nationalrat stimmte schliesslich für die entsprechende Änderung des Bundesgesetzes mit 141 zu 43 Stimmen. Das heisst, dass nun die Bauer auch für einen entgangenen Gewinn entschädigt werden. Dies ist unseres Erachtens gerecht gelöst.



In diesem Bericht: *Seite*

<i>Entschädigung für Bauern</i>	<i>1</i>
<i>Bahninfrastruktur</i>	<i>2</i>
<i>Illegale Holzfällerei</i>	<i>2</i>
<i>Grenzkontrollen</i>	<i>3</i>
<i>Konzernverantwortung</i>	<i>3</i>
<i>SRG Zügelpläne</i>	<i>4</i>
<i>Trinkwasser/Pestizide</i>	<i>5</i>
<i>Vorstösse</i>	<i>6</i>

Nik Gugger trifft Bundesrätin Viola Amherd



In der zweiten Sessionswoche traf Nik Bundesrätin Viola Amherd zum Arbeitsgespräch. Thema unter anderem war die Cybersicherheit und das neue 5G Netzwerk. «Das 4-Augen-Gespräch war sehr konstruktiv und die Bundesrätin nahm meine Anliegen sehr ernst.»

Wir von der EVP haben der Änderung des Bundesgesetzes ebenfalls zugestimmt. Da sich die Änderung auch auf sämtliches Land ausserhalb der Bauzonen bezieht, profitieren auch Nichtbauern. Zum Vergleich, gemäss dem alten Gesetz aus dem Jahr 1930 war es möglich, dass das Bauland beispielsweise mit 1000 Franken pro Quadratmeter entschädigt wurde und das Kulturland lediglich mit 10 Franken – also hundertmal weniger.

12.89 Milliarden Franken für den Ausbau der Bahninfrastruktur

In dem Geschäft rund um das ÖV-Ausbaupaket 2035 wurde über die Aufstockung des Budgets für den Ausbau des Schienennetzes debattiert. Konkret standen auch zwei Projekte im Fokus, die uns als Berner und Zürcher Nationalräte sehr interessierten. Dies sind die Bahnhöfe Winterthur Grüze Nord und Thun Nord. Für einen zusätzlichen Ausbau in Winterthur und Thun sprechen nach Ansicht der Mehrheit anhaltend hohe Wachstumsprognosen in Bezug auf die Bevölkerung und Arbeitsplätze an den beiden Standorten. Nur ein Grossteil der FDP und einzelne SVP-Mitglieder stellten sich dagegen, weil die zwei Vorhaben noch nicht ausgereift seien aus ihrer Sicht. «Wir wollen die Projekte nicht verhindern», sagte Kurt Fluri (FDP/SO). Die Realisierung dieser Haltestellen sei aber nicht prioritär. Die Aufnahme der Projekte in den nächsten Ausbauschritt 2040 reiche aus.

Wir von der EVP sind klar der Meinung, dass diese Bahnhöfe bald aus allen Nähten platzen. Es gibt eine zusätzliche Mobilität, viele Pendler, und diese brauchen eine bessere Verkehrsinfrastruktur in den betreffenden Gebieten. Ebenfalls ist es auch aus ökologischen Gründen wichtig, das Schienennetz auszubauen. Doch für eine optimale Nutzung und Anbindung ans ÖV-Netz ist eine Investition in die nötige Infrastruktur unausweichlich.

Der Nationalrat entschied sich mit 150 zu 36 für die Aufnahme des Bahnhofs Winterthur Grüze Nord sowie mit 150 zu 36 Stimmen für den Bahnhof Thun Nord. Dies sehr zu unserer Freude und der unserer Kantone.

Illegal gefälltes Holz darf in der Schweiz nicht mehr gehandelt werden

Diese Vorlage für die Änderung des Umweltschutzgesetzes hatte der Bundesrat aufgrund von zwei Motionen aus der SVP ausgearbeitet. Ständerat Peter Föhn (SVP/SZ) und Sylvia Flückiger-Bäni (SVP/AG) verlangten damit gleich lange Spiesse für Holzexporte.

Ziel der Änderung soll eine Verschärfung des Umweltschutzgesetzes sein, welches Händler verpflichtet, die Konsumentinnen und Konsumenten über die Art des Holzes und über dessen Herkunft zu informieren sowie ein Handelsverbot für illegal gefälltes Holz. Weiter wurde darüber diskutiert den Bundesrat zu ermächtigen, Anforderungen an das Inverkehrbringen von anderen Rohstoffen oder Produkten zu stellen.

14. Juni - Frauenstreiktag

Marianne freute sich, am Frauenstreiktag gemeinsam mit der Bundesrätin Viola Amherd und der Nationalratspräsidentin ein Zeichen zu setzen. Frauensolidarität mit den Hunderttausenden von Frauen, die für mehr Gerechtigkeit friedlich und fröhlich demonstrierten.



Als persönliches Signal für die Frauen hat Marianne an diesem Tag eine Motion eingereicht für ein „Frauenmuseum“, das die Geschichte, Stellung und Rolle der Frauen in der Schweiz darstellt.

[Zum Motionstext](#)



Er soll solche auch verbieten können, falls deren Anbau und Abbau die Umwelt erheblich belastet. Diese Ergänzung unterstützte auch der Bundesrat. Die Umweltzerstörung solle die Schweiz auch dann kümmern, wenn andere Menschen davon betroffen seien, sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP), in Anspielung auf die vergangene Palmöl-Debatte. Anders als die EU kennt die Schweiz bislang keine gesetzliche Regelung, um gegen Holz aus illegalem Holzschlag vorzugehen. Daher sollen Handelshemmnisse gegenüber der EU abgebaut werden, indem eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, die der europäischen Holzhandelsverordnung EUTR entspricht. Spannend an dieser Vorlage war, dass sie von links bis rechts Unterstützung fand.

Der Rat stimmte mit 177 zu 3 Stimmen der Änderung des Umweltschutzgesetzes zu. Sehr zur Freude der EVP. Der Arten- und Naturschutz hat hohe Priorität, denn wie wollen die Schöpfung nachhaltig nutzen, wirkungsvoll schützen und für die kommenden Generationen erhalten – im Inland wie im Ausland. Gleichzeitig unterstützen wir damit das Anliegen der Schweizer Holzexporteure, gleich lange Spiesse gegenüber ihrer europäischen Konkurrenz zu erhalten. Somit ist der Entscheid aus vielen Gründen der richtige Schritt für die Zukunft. Die Vorlage wird nun im Ständerat diskutiert.

Neues Ein-und Ausreisensystem für die Schweiz

Der Rat hat mit unserer Unterstützung die Übernahme einer Rechtsgrundlage für den Schengen-Besitzstand beschlossen. Dabei geht es um die Einführung einer elektronischen Erfassung der Ein-und Ausreisen von Drittstaatenangehörigen. Es werden biometrische Daten, vier Fingerabdrücke und das Gesichtsbild der entsprechenden Personen erfasst. Dadurch wird die Qualität der Grenzübertrittskontrollen verbessert und vereinfacht. Das ist nötig für die steigenden Zahlen der Einreisenden. Das Abkommen trägt zur wirksamen Stärkung der öffentlichen Sicherheit in der Schweiz und in Europa bei. Für einmal wurde ein Schengen Geschäft nicht von der SVP bestritten, sondern von den Grünen. Diese wehrten sich vergebens gegen eine neue Erfassung von Personendaten. Da der Datenschutzbeauftragte von Anfang an einbezogen war in dieses Geschäft, teilen wir die Bedenken nicht. Wir sind überzeugt, dass dieses Abkommen richtig ist. «Das Abkommen trägt zur wirksamen Stärkung der öffentlichen Sicherheit in der Schweiz und in Europa bei» sagte Marianne bei ihrer Rede. [Link Votum Marianne](#)

Konzerne sollen Verantwortung für Schäden tragen

Die Konzernverantwortungsinitiative fordert, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz Menschenrecht und Umweltstandards auch im Ausland respektieren müssen. Damit sich auch dubiose Konzerne daran halten, müssen Verstösse Konsequenzen haben. Fehlbare Konzerne sollen deshalb in Zukunft für Schäden, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen, geradestehen. Um der Sorgfaltspflicht Nachdruck zu verleihen, enthält die Initiative zudem eine neue Haftungsregel.

Transparenz in der Parteienfinanzierung

Das Parlament hat wieder eine Chance zur Transparenz verpasst. Eine Parlamentarische Initiative verlangte, das Parlamentsressourcen-gesetz so zu ändern, dass die Fraktionsbeiträge nur noch an die Fraktionen ausgerichtet werden, die ihre Spenden der Bundeskanzlei und damit auch der Öffentlichkeit offenlegen. Die Mehrheit des Parlaments hat auch diesen kleinen Schritt zur Transparenz abgelehnt. Es zeigt einmal mehr, wie wichtig die Transparenzinitiative ist.

Freihandels-Abkommen mit der Türkei nicht sistiert

Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Türkei wird modernisiert. Der Nationalrat hat sich mit 129 zu 49 Stimmen bei 6 Enthaltungen für das Abkommen ausgesprochen. Wir sind darüber leider sehr enttäuscht. Dies vor allem wegen der Menschenrechtslage in der Türkei welche auch schon mehrfach von anderen europäischen Ländern gerügt worden war.

Kolumbianische Botschafterin lädt Nik zum Dinner mit dem Staatspräsidenten ein

Unter anderem wurden die Krise und Menschenrechtsverletzungen in Venezuela, wie auch die humanitäre Hilfe die Kolumbien leistet, diskutiert.

Weiter tauschten sie sich auch über Bildungsfragen und das Freihandelsabkommen aus.

Wenn eine Geschäftstätigkeit im In- oder Ausland eine Menschenrechtsverletzung oder Umweltschäden bewirkt hat und das Unternehmen nicht nachweisen kann, im Rahmen seiner Sorgfaltsprüfung den schädlichen Auswirkungen vorgebeugt zu haben, so haftet das Unternehmen künftig für den angerichteten Schaden. Dies gilt selbst dann, wenn der Schaden von Tochterfirmen verursacht wurde. Schweizer Unternehmen, die ihre Sorgfaltspflicht im In- oder Ausland verletzen, müssten sich somit vor einem Schweizer Gericht den Wiedergutmachungsansprüchen von Betroffenen stellen.

Kann ein Unternehmen glaubhaft nachweisen, dass es die Sorgfaltsprüfung umfassend durchgeführt und alle nötigen Massnahmen getroffen hat, ist es von der Haftung befreit. Die Initiative wirkt damit präventiv und gibt Unternehmen einen wirksamen Anreiz, das Richtige zu tun. Die Konzernverantwortungsinitiative wird von 110 Organisationen der Zivilgesellschaft, einem Wirtschaftskomitee aus über 100 Unternehmer/innen sowie einer breiten kirchlichen Kampagne unterstützt.

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass die Medien über Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung berichten. Marianne hat sich im Nationalrat sowohl für die Konzernverantwortungsinitiative (KoVI) selbst als auch für den indirekten Gegenvorschlag ausgesprochen. Der Nationalrat trat nach dem Nichteintretensentscheid des Ständerates erneut auf den Gegenvorschlag ein. «Es ist mit unseren Werten schlicht nicht vereinbar, wenn wir im Bereich der Menschenrechte und der grundlegenden Umweltnormen einfach Doppelstandards zulassen», begründete Marianne in ihrem Votum die Position der EVP-Ratsmitglieder.

Ethisches Unternehmertum ist eines der Kernthemen der EVP Schweiz. Sie versteht darunter eine starke und leistungsfähige Wirtschaft, die ihre soziale und ökologische Verantwortung im In- und Ausland wahrnimmt. [Link Votum Marianne](#)

Radio Studio Bern: Nationalrat weist die SRG in die Schranken

Die Umzugspläne der SRG (von Genf nach Lausanne und von Bern nach Zürich) sorgten bei der Bevölkerung und der Politik für grosse Empörung. Dies knapp ein Jahr nach dem Scheitern der No-Billag Initiative. Fünf identische Vorstösse wurden von Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten der SVP, der CVP, der Grünen und der BDP sowie der Vizepräsident der SP eingereicht. Diese identischen Vorstösse von links bis rechts waren ein wichtiges Zeichen und sind im Ratsalltag eher selten. Sie verlangen, dass die Radio-Informationssendungen weiterhin schwergewichtig in Bern und Lausanne und die TV-Informationssendungen in Zürich und Genf produziert werden müssen.

Die gebührenfinanzierte SRG SSR soll ihre Informationsleistungen an unterschiedlichen Standorten produzieren. Sie soll damit ihre regionale Verankerung und den föderalen Charakter als Service-public-Unternehmen unterstreichen. Dabei stand die Gefahr des Zerfalls der Medienvielfalt vor allem im Zentrum der Argumentationen.

Wir von der EVP sind der Ansicht, dass die Medienvielfalt mit einer Zentralisierung der Medien nicht mehr gewährleistet werden kann. In einer

Geld für Sexportal: EVP findet Antwort des Bundesrats bedenklich



Marianne traf den persönlichen Mitarbeiter von Bundsrätin Karin Keller-Suter. Er sagte ihr, dass ihre Interpellation bei ihnen viele Fragen und ein genaues Hinschauen ausgelöst hätten und sie nun das Geld für das Sexportal nicht mehr sprechen. Ein schöner Erfolg für die EVP!

[Zum NAU Beitrag von Marianne](#)



direkten Demokratie ist es wichtig, dass der Service Public unabhängig und objektiv berichten kann. Der Standort hat dabei einen grossen Einfluss auch wenn es sich um die gleiche Institution handelt. Wer näher am Geschehen ist, hat auch ein besseres Verständnis über die Gesamtsituation. Die EVP empfand es ebenfalls als Frechheit, dass sich die SRG nur ein Jahr nach No-Billag für eine Zentralisierung entschied.

Der Nationalrat hiess schliesslich die fünf identischen Vorstösse mit 120 zu 54 Stimmen bei 10 Enthaltungen gut. Sie gehen nun an den Ständerat.

Trinkwasser- und Pestizidinitiative

Die Trinkwasserinitiative verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen oder Subventionen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, die in ihrer Tierhaltung ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz auskommen und die nur so viele Tiere halten, wie sie ohne Futtermittelimporte ernähren können. Die Probleme im Trinkwasser- und Gewässerschutz sind offenkundig und erfordern punktuelle und pragmatische Massnahmen.

Die Volksinitiative "Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide" zielt auf ein Verbot von synthetischen Pestiziden ab. Sie will dafür den Umweltschutzartikel 74 so ändern, dass deren Einsatz in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden. Die Umsetzungsfrist beträgt zehn Jahre.

Die EVP hat sich im Nationalrat dafür eingesetzt, dass die zuständige Kommission einen Gegenvorschlag zu den Volksinitiativen für ein sauberes Trinkwasser und gegen synthetische Pestizide erarbeitet. «Es ist höchste Zeit, aus freiwilligen Aktionsplänen und Appellen endlich Nägel mit Köpfen zu machen», begründete Nik den Gegenvorschlag. Der Rat sprach sich jedoch dagegen aus und empfahl auch die beiden Initiativen zur Ablehnung. Allein in der vergangenen Woche hatte das Bundesamt für Landwirtschaft 12 Bewilligungen für Wirkstoffe zurückgezogen, welche die Entwicklung des Gehirns von Ungeborenen und kleinen Kindern schädigen können. Solche verbotenen Produkte können jedoch noch bis zu zwei Jahren weiter gebraucht werden. Der Bundesrat selbst spricht von mehr als 40 heute zugelassenen Wirkstoffen, die mutmasslich negativen Einfluss auf Erbgut oder Fortpflanzungsfähigkeit haben oder krebs-erregend sind. Allein seit 2011 musste der Bund beinahe 200 Pestizide verbieten, weil sie unannehmbare Risiken für Mensch und Umwelt verursachten. «Offensichtlich betreibt der Bund einen gigantischen Freilandversuch an Mensch und Umwelt», sagte Nik.

Der Nationalrat hat dennoch die Trinkwasserinitiative und die Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide ohne Gegenvorschlag verworfen. Mit dem Gegenvorschlag wäre der Aktionsplan Pflanzenschutzmittel rechtlich verbindlich verankert worden. Doch das Parlament hat diese Chance verpasst. Sehr einflussreich zeigte sich unter anderem einmal mehr der Bauernverband. Dies ist insofern unverständlich, dass die

Bei der Behandlung der Trinkwasser- und Pestizidinitiative konnte Nik bildlich ein Votum abgeben:



[Link Votum von Nik](#)

Gesetzesänderungen, die im Gegenvorschlag enthalten waren sowieso im Aktionsplan Pflanzenschutzmittel enthalten sind. Nik betonte richtig-erweise: Warum wollen denn die Bauern dem nicht zustimmen, falls sie es sowieso umsetzen wollen? Als Konsequenz unterstützten wir daraufhin beide Initiativen – wir sind nun gespannt wie das Volk entscheiden wird!

In dieser Session eingereichte Vorstösse: Nik Gugger

Welche Stellen bzw. Bereiche befassen sich mit dem Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung

[Link Fragestunde](#)

Wie sieht der Bundesrat die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgrund der masslosen Diskriminierung und Folterung der Uiguren und wahrscheinlich auch anderer Minderheiten in China?

[Link Fragestunde](#)

Bilateraler Menschenrechtsdialog und Entwicklung der Menschenrechtssituation in China

[Link Interpellation](#)

Felchenfang am Neuenburgersee

[Link Interpellation](#)

Marianne Streiff

Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll sichtbar werden – in einem nationalen Frauenmuseum

[Link Motion](#)

Neuer Tarifstrukturvertrag für selbständig erwerbende Hebammen – wann erfolgt Genehmigung?

[Link Fragestunde](#)

Wie weiter mit der nationalen Menschenrechtsinstitutionen?

[Link Fragestunde](#)



Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.

*Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger und
Marianne Streiff*

*Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz*

***Wir wünschen allen schöne
Sommerferien! Auf einen erfolgreichen Wahlkampf!***

Nik & Marianne

